
POLICY PLATFORM | Policy Letter

Verschwenderische Südeuropäer?

Michael Haliassos
Center for Financial Studies

Dezember 2011

Dies ist die deutsche Übersetzung des Policy Letter „Prodigal Italy Greece Spain?“ .

Eine kürzere Version dieses Artikels ist am 23. 12. 2011 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen.

Verschwenderische Südeuropäer?

Michael Haliassos

Wenn jemand auf die Idee käme, zehn Gebote für die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion aufzustellen, sollte er wohl mit „Kenne deine Partner“ beginnen und mit „Prüfe immer doppelt“ enden. Seit zwei Jahren ist die Eurozone mit einer massiven Finanzkrise konfrontiert, die in Griechenland begann und sich anschließend auf andere Länder ausbreitete, die zunächst als PIGS, dann als PIIGS, und schließlich politisch korrekt als GIIPS bezeichnet wurden: Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien.

Ein Großteil des Widerwillens in den kerneuropäischen Ländern, rasche und drastische Unterstützungsmaßnahmen zu beschließen, erklärt sich aus ihren Vorstellungen über das Vermögen der Menschen in den Peripherieländern, Reformen durchzuführen und der Krise zu entfliehen.

Die Diskussion in Deutschland dreht sich um ein Dilemma. Eine Unterstützung der Krisenländer bei der Refinanzierung ihrer Schulden könnte auf der einen Seite Insolvenzen und ein mögliches Ausscheiden aus der Eurozone verhindern – ein Signal an die Märkte, dass eine Euro-Mitgliedschaft eine Einbahnstraße ist, – auf der anderen Seite würde sie zu Moral Hazard führen, indem sie das Schuldnerland von dem Druck der Märkte befreit, Primärüberschüsse zu erzielen, schmerzliche Lohnkürzungen vorzunehmen und produktivitätssteigernde Reformen durchzuführen. Beide Interessen sind legitim.

Ein Land aus dem Eurosystem herausfallen zu lassen, würde den Märkten eindrucksvoll signalisieren, dass ein Ausstieg unter leicht verifizierbaren Umständen möglich ist: hohe Schulden- und Defizitquoten, die zu höheren Zinsaufschlägen führen, welche wiederum die Zahlungsunfähigkeit begünstigen. Es ist kein Zufall, dass die Eurozone keinen Notausstieg vorgesehen hat. Vor 40 Jahren ist das Bretton Woods System vor allem deshalb gescheitert, weil es eine ähnlich einseitige Wette mit den Währungsspekulanten abgeschlossen hatte, die äußere Ungleichgewichte kontrollierten und Abwertungen erzwangen. Bretton Woods war ein System von festen, aber justierbaren Wechselkursen, während die Eurozone als ein Währungsraum mit festen und unveränderlichen Wechselkursen konzipiert wurde.

Auf der anderen Seite erscheint es unklug, Ländern weiterhin Geld zu leihen, die sich nicht nur in der Vergangenheit als unfähig erwiesen haben, einen Haushalt auszugleichen, sondern auch noch unwillig scheinen zu sparen, hart zu arbeiten, Reformen durchzuführen und schließlich auf einen Wachstumspfad zu gelangen. Der schwierige Balanceakt erfordert sowohl Unterstützungsmaßnahmen, die einen Austritt verhindern, als auch die Kontrolle des Schuldenbergs. Die jüngsten Schritte in Richtung einer „Stabilitätsunion“ lassen sich in diesem Kontext betrachten.

Doch eine strenge Kontrolle der Haushalte reicht nicht aus: Die Menschen in den Krisenländern müssen bereit sein, hart zu arbeiten, um die Produktivität zu erhöhen, und sie müssen umsichtig agieren, um eine Überschuldung zu verhindern. Die starken Länder müssen die Anstrengungen ihrer schwächelnden Partner und deren individuelle Möglichkeiten, die Krise zu überwinden, zur Kenntnis nehmen.

Das Bild des unbeschwerten, stets bis zum Morgengrauen tanzenden Alexis Zorbas mag für den Tourismus förderlich sein, für den Zusammenhalt in einer Wirtschaftsunion ist es schädlich. Interessanterweise gilt das nicht nur für die Deutschen und ihre Sicht auf die Südeuropäer, sondern auch für diese und ihren Blick in den Spiegel. Die Bürger der kriselnden Staaten müssen erkennen, dass ihre Landsleute durchaus hart, aber leider ineffizient arbeiten; und dass sie ihre Rolle als Steuerzahler genauso ernst nehmen sollten wie ihr privates Vermögensmanagement.

Denn entgegen der allgemeinen Wahrnehmung arbeiten die Menschen in den südeuropäischen Ländern durchaus hart. Zahlen des britischen Office of National Statistics und von Eurostat zeigen, dass die Griechen gemeinsam mit den Österreichern Europameister in der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten sind: 43,7 Stunden. Die Portugiesen liegen mit 42,3 Stunden nur knapp dahinter. Die Deutschen belegen mit 42 Stunden den achten Platz.

Allerdings rangieren Griechen und Portugiesen mit Blick auf die Arbeitsproduktivität nur auf den Plätzen 20 und 22, was 76 und 65 Prozent des EU-Durchschnitts bedeutet, während Deutschland auf 124 Prozent kommt. Obwohl Produktivitätsunterschiede nur schwer aufzulösen sind, verweist ihre Höhe auf ein großes, bisher ungenutztes Potenzial: Kerneuropa sollte seinen krisengeschüttelten Partnern profundes Organisationswissen und international bewährte Praktiken vermitteln, damit diese weniger Zeit mit unzulänglichen Managementmethoden und ineffizienter Bürokratie verschwenden und sich verstärkt der Produktion von Gütern und Dienstleistungen widmen können.

Während ihre Regierungen überbordende Schuldenberge aufhäufte, legten die privaten Haushalte in den Krisenstaaten substanzielle Wohlstandspuffer an, entsprechend der für sie steigenden Unsicherheiten. International vergleichbare Daten über das Nettovermögen von Haushalten mit Hauptverdienern über 50 Jahren sind nun erstmals verfügbar.¹ Die Tabelle, Ergebnisse der Umfrage zu Gesundheit, Altern und Ruhestand (S.H.A.RE.), zeigt, dass das kaufkraftbereinigte, durchschnittliche Nettovermögen dieser Haushalte in den Jahren 2006/2007 in Griechenland und Deutschland vergleichbar war und in Spanien und Italien deutlich darüber lag. Das Nettovermögen der 25 Prozent ärmsten Haushalte war in Griechenland und Italien dreimal so hoch wie in Deutschland, und in Spanien sechsmal so hoch. Unter den 25 Prozent reichsten

¹ Vgl. Dimitris Christelis, Dimitris Georgarakos, Michael Haliassos, "Differences in Portfolios Across Countries: Economic Environment versus Household Characteristics" (erscheint in Kürze in Review of Economics and Statistics)

Haushalten lag Griechenland nur knapp unter Deutschland, während Spanien und Italien deutlich darüber lagen.

Wie die Tabelle zeigt, geht dieser Unterschied zu einem großen Teil auf das weit verbreitete Immobilieneigentum und eine geringe Hypothekenverschuldung der älteren Haushalte in den Krisenstaaten zurück. Daraus ergeben sich zwei Folgerungen. Erstens betrifft eine Immobilienbesteuerung zum Zweck der Haushaltssanierung in den Krisenstaaten nicht nur Reiche, sondern die breite Bevölkerung. Zweitens war der Anteil liquider Mittel am Nettovermögen in diesen Ländern vor der Krise deutlich kleiner als in Deutschland. Da es aufgrund der aktuellen Situation der Banken vor Ort weder möglich noch (in Anbetracht der Immobilienkrise) ratsam ist, Produkte wie etwa Umkehrhypotheken (reverse mortgages) anzubieten, die Immobilienbesitzern bei Hinterlegung ihrer Häuser liquide Mittel verschaffen, ist die Fähigkeit dieser Länder, geringere Einkommen und wiederholte Besteuerungswellen auszuhalten, höchstwahrscheinlich stark begrenzt.

Könnte es also sein, dass die Menschen in Südeuropa fleißig sind anstatt faul, umsichtig statt verschwenderisch, ineffizient und desillusioniert anstatt hoffnungslos, illiquide statt insolvent und dass sie Reformen brauchen und keine Sanktionen? Ich sehe die Menschen in Kerneuropa zunehmend darüber verzweifeln, faule, unverantwortliche Partner unterstützen zu müssen, und die Menschen in den Peripherieländern gegen wiederholte Steuerübergriffe und den Druck zu übereilten Reformen protestieren. Ich frage mich, ob diese drohende Scheidung nicht mehr auf Gerüchten basiert als auf Tatsachen, mehr auf Vorurteilen als auf der Realität und mehr auf falschen Entscheidungen der Südeuropäer in der Vergangenheit als auf unveränderlichen Charaktereigenschaften. Ist es wert, die Eurofamilie dafür aufzugeben?

Michael Haliassos ist Professor für Makroökonomie und Finanzmärkte am House of Finance der Goethe-Universität Frankfurt und Direktor des Center for Financial Studies.

Data Source: S.H.A.RE. 2006-7 000s 2005 Euro, PPP	Net Wealth Percentiles			Home Equity At Net Wealth Percentiles			Real Estate Equity At Net Wealth Percentiles		
	25	50	75	25	50	75	25	50	75
Austria	30.5	130.5	252.2	2.0	79.2	205.6	2.0	79.2	205.6
Germany	21.0	136.2	287.5	0.0	95.3	219.3	0.0	95.3	219.3
Sweden	39.6	135.3	292.0	0.0	76.0	213.7	0.0	87.0	213.7
Netherlands	14.0	170.5	335.2	0.0	125.6	261.6	0.0	125.6	274.4
Spain	124.4	228.6	419.8	114.2	207.3	286.6	114.2	207.3	305.6
Italy	69.8	190.3	347.8	57.7	157.6	295.2	57.7	171.1	295.2
France	91.0	234.3	433.4	32.7	200.3	310.7	32.7	211.8	357.5
Denmark	41.5	157.8	337.9	22.0	92.3	151.2	22.0	108.1	206.4
Greece	65.3	132.0	245.3	53.5	114.0	189.5	59.4	124.6	209.7
Switzerland	53.4	206.9	454.4	10.1	117.4	208.3	19.1	117.4	296.2
Belgium	122.6	244.5	413.4	83.2	229.8	304.6	83.2	229.8	304.6